

Übersichten

Januar 2002

Außenpolitik

1 China bemüht um Wiederbelebung der SCO

Ganze vier Monate dauerte es, bis die Shanghai Cooperation Organisation (SCO), deren primäres Anliegen die Bekämpfung des Terrorismus in der Region Ost- und Zentralasien ist, außerplanmäßig am 7. Januar in Beijing zusammentraf, um zu einer gemeinsamen Reaktion auf die Anschläge in den Vereinigten Staaten vom 11. September 2001 und den darauf folgenden Krieg gegen die Taliban zu finden.

Während die SCO in einem Abschlusskommuniké des so genannten ad hoc Treffens unter Beteiligung der Außenminister Russlands, Usbekistans, Kasachstans, Kirgistans, Tadschikistans und der Volksrepublik China für sich in Anspruch nahm, eine der ersten internationalen Organisationen gewesen zu sein, die auf das Ereignis vom 11. September 2001 reagiert habe, hatten internationale Beobachter gerade eine solche Reaktion bisher vollständig vermisst. Vielmehr hatte sich über die letzten Monate der Eindruck ver-

stärkt, die Organisation sei in der Folge insbesondere des amerikanischen Engagements in der Region bereits wieder zu Grabe getragen worden, obwohl sie noch kaum richtig aus der Taufe gehoben worden war.

Sehr zum Leidwesen Chinas, das sich im Zuge des Feldzugs gegen die Taliban unter der Führung der USA unmittelbar vor der eigenen Haustür zunehmend politisch marginalisiert sah, war eine gemeinsame koordinierte Haltung der SCO-Mitglieder in der Afghanistanfrage bislang nicht erkennbar geworden – von einer gewichtigen Rolle dieser Staatengruppe in dieser Problematik ganz zu schweigen. Den USA war es vielmehr durch finanzielle Generosität auf dem Wege bilateraler Vereinbarungen sehr schnell gelungen, Überflug- und Stationierungsrechte im bisher in der amerikanischen Außenpolitik eher vernachlässigten Zentralasien zu erlangen. Während auch Russland die Gunst der Stunde für eine Annäherung an den Westen nutzte, blieb China weitgehend außen vor. Nicht einmal seine fix bekundete Unterstützung für den internationalen Kampf gegen Terrorismus in eine reziproke Akzeptanz und Unterstützung der internationalen Gemeinschaft für die Bekämpfung von muslimischem Terrorismus und Separatismus in Xinjiang umzumünzen, wollte so recht gelingen.

Auf diplomatisches Drängen der chinesischen Regierung erst sahen sich die Mitgliedsstaaten der SCO überhaupt genötigt, ein außerplanmäßiges Treffen vor ihrer turnusmäßigen Zusammenkunft im Juni des Jahres in St. Petersburg einzuberufen. Das Schlussdokument der Gespräche vom 7. Januar 2002 trägt denn auch eine deutliche chinesische Handschrift.

Da heißt es schon mal gleich am Anfang des Dokuments, die Mitglieder der Shanghai Cooperation Organisation seien als Nachbarn des talibanbeherrschten Afghanistan bereits seit langer Zeit direkt der Bedrohung durch Rauschgift und Terrorismus ausgesetzt gewesen, die von diesem Land ausgegangen seien. Daher habe man bereits in der Vergangenheit vielfach vergeblich versucht, die Aufmerksamkeit der internationalen Gemeinschaft für diese Bedrohung zu gewinnen. Und weiter liest man, deshalb

nähmen die SCO-Staaten eine aktive Rolle in der internationalen Allianz gegen den Terrorismus ein und würden Maßnahmen zur Stärkung ihrer eigenen Anti-Terrorismus-Initiativen einleiten.

Auf die weitere Entwicklung in Afghanistan nach dem Sturz der Taliban und der Bildung der Übergangsregierung eingehend, wünschen die SCO-Mitgliedsstaaten, das Land möge nie wieder zur Quelle von Terrorismus, Separatismus, Extremismus und Rauschgift werden. Wichtiger ist aus Beijings Sicht jedoch der gemeinsame Appell, Afghanistan solle zu einem friedvollen neutralen Land werden, das gute Beziehungen zu seinen Nachbarn unterhalte und seinen internationalen Verpflichtungen nachkomme. Hieraus spricht in kaum zu überbietender Deutlichkeit insbesondere der Widerwillen Beijings gegen eine fortgesetzte Präsenz der USA sowie westlich dominierter Schutztruppen, die den Nachbarstaat auch politisch dominieren könnten und so seine Empfänglichkeit für die Wünsche Chinas stören könnten.

In gleicher Weise dürfte die gebetsmühlenartig wiederholte Formel zu bewerten sein, Afghanistan und das afghanische Volk sollten selbst über die zukünftige Politik und die politischen Strukturen des Landes entscheiden, während alle Mitglieder der internationalen Gemeinschaft die Souveränität, territoriale Integrität und die nationale Einheit des Landes respektieren und sich keinesfalls in seine inneren Angelegenheiten einmischen sollten. „Jeder Versuch, eine bestimmte Form der Herrschaft zu installieren oder das Land unter einen bestimmten Einfluss zu stellen, werde zu einer neuen Krise für Afghanistan und seine Nachbarn führen“, heißt es weiter in dem Dokument. Andererseits wird die afghanische Interimsregierung jedoch direkt zu einer engen Zusammenarbeit mit der SCO aufgefordert.

Auf überregionalem Gebiet drängen die SCO-Mitglieder darauf, die internationale Gemeinschaft möge schnellstmöglich eine umfassende Konvention über den internationalen Terrorismus sowie eine Konvention zur Verhinderung von Nuklearterrorismus ausarbeiten, die für alle Beteiligten akzeptabel sei. Auch aus

diesen Formulierungen wird Widerwillen gegen den Unilateralismus der USA deutlich, die sich aus Beijings Sicht bereits seit längerem eine nicht legitimierte Führungsrolle anmaßen und von der internationalen Staatengemeinschaft bislang nicht in ihre Schranken verwiesen werden. Die SCO als Regionalorganisation zur Terrorismusbekämpfung wird in diesem Zusammenhang als leuchtendes Beispiel dargestellt, das international Schule machen sollte – nicht zuletzt, um Alleingänge zu verhindern. Auch der UN-Sicherheitsrat solle hier eine wichtigere Rolle spielen, ebenso, wie dem Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten souveräner Staaten wieder zu Geltung verholfen werden müsse.

Breiten Raum nehmen in der gemeinsamen Erklärung des Weiteren Absichtserklärungen ein, wie die SCO gestärkt werden kann. So sollen die bislang fehlenden organisatorischen Strukturen der SCO ebenso bis zum nächsten regulären Treffen im Juni in St. Petersburg aufgebaut werden wie das längst beschlossene Anti-Terror-Zentrum in Bishkek. Insgesamt bleibt die Vision für die Zukunft der Shanghai Cooperation Organisation jedoch seltsam farblos. So äußert man sich zwar professionell überzeugt, die SCO werde zu einem wichtigen Faktor für die Stützung von regionaler Sicherheit und regionaler Entwicklung werden. Wo es um das Binnenverhältnis der Mitglieder zueinander geht, scheint man jedoch erst ganz am Anfang zu stehen.

So liest man im Schlussdokument, die Außenminister hätten ein Detail mögliche Aktivitäten innerhalb der prioritären Entwicklungsfelder ausgelotet und seien zu dem Schluss gekommen, der Ausbau von vertrauensbildenden Maßnahmen, politische Kooperation, wirtschaftliche Zusammenarbeit, Handel, Investitionen und kultureller Austausch im Rahmen der SCO gehörten zu den wichtigsten Faktoren für einen Schutz der regionalen Sicherheit und Stabilität – eigentlich eine Binsenweisheit.

Dass es mit der Organisation nicht zum Besten gestellt ist, beweisen auch die Appelle, die Jiang Zemin an die Außenminister der Mitgliedsstaaten bei deren Empfang in Beijing richtete.

Er drängte insbesondere darauf, die Mitglieder mögen den Prozess der Ratifizierung der verabschiedeten Dokumente, hier insbesondere des „Pakts von Shanghai gegen die Drei Übel“ doch beschleunigen. Jiang nannte dies als eine der dringlichsten gegenwärtigen Aufgaben der Organisation.

Wenngleich offiziell aus Anlass des zehnjährigen Bestehens diplomatischer Beziehungen durchgeführt, so stand doch auch die ausgedehnte Reise einer chinesischen Delegation unter Leitung des Staatsratsmitglieds Ismail Amat in der zweiten Jahreshälfte durch die vier zentralasiatischen Mitgliedsstaaten der SCO Usbekistan, Kasachstan, Tadschikistan und Kirgistan in unmittelbarem Zusammenhang mit den chinesischen Versuchen einer Wiederbelebung dieser Organisation. In einer Geste des Goodwill wurden Tadschikistan Finanzhilfen im Umfang von gut 600.000 US\$ zugesichert, während man in Kasachstan übereinkam, zukünftig einen engen Austausch über die Belange Zentralasiens und Afghanistans zu pflegen und gemeinsam für die Wahrung der regionalen Stabilität einzutreten.

Kasachstan war aus Beijinger Sicht nach der Entscheidung der kasachischen Regierung, den USA den Bau von Rollbahnen für Luftwaffeneinheiten zu ermöglichen, offensichtlich zu einem unsicheren Kantonisten innerhalb der SCO geworden. Auch die bereits seit Mitte der neunziger Jahre begonnene amerikanische Investitionstätigkeit auf dem Gebiet der Exploration fossiler Brennstoffe in der zentralasiatischen Republik tragen nicht gerade zum Wohlbehagen Beijings bei, das sich selbst um Zugriff auf diese Ressourcen bemüht.

Aus den Worten Amats in Kasachstan, beide Länder sollten die konkrete Zusammenarbeit in der SCO stärker fördern, um schnellstmöglich substanzielle Maßnahmen gegen den Terrorismus einleiten zu können, war deutlich der Wunsch Chinas herauszuhören, Kasachstan enger an die Leine zu legen, bevor es vollständig dem amerikanischen Einfluss verfallt. Mit Genugtuung wird man daher in Beijing verzeichnet haben, dass der kasachische Regierungschef Tokayev Zustimmung zu dem chinesischen Wunsch äußerte,

China wolle enger mit Kasachstan kooperieren.

Nicht weniger bedenklich als in Kasachstan muten der chinesischen Regierung aber auch die Entwicklungen in den anderen Vertragsstaaten der SCO an. Die Zustimmung der kirgisischen Regierung zur Stationierung amerikanischer Truppen (3.000 Mann) für zunächst ein Jahr (!) zu einem Zeitpunkt, als der Krieg gegen die Taliban in Afghanistan eigentlich bereits gewonnen war, beunruhigt Beijing. Bereits am Beginn der Kampfhandlungen waren 1.000 amerikanische Soldaten in Usbekistan stationiert worden. Das damalige Entgegenkommen der usbekischen Regierung honorierten die USA mit Finanzhilfen im Umfang von 100 Mio. US\$. Viel dürfte für die Vermutung sprechen, dass diese amerikanische „Generosität“ auch Kirgistan seine Entscheidung erleichtert haben mag. Für China bedeutet diese Entwicklung jedoch, dass sein Zentralasienengagement zukünftig deutlich teurer werden dürfte.

Neben den bisherigen Mitgliedsstaaten der Shanghai Cooperation Organisation war auch Turkmenistan Ziel der ausgedehnten Zentralasienreise Amats. Vielleicht wurden hier Vorgespräche mit dem nächsten der als offene Organisation bezeichneten SCO geführt? Interessanter und vielleicht auch bezeichnenderweise war in der gesamten Diskussion um die Verarbeitung der terroristischen Anschläge in den USA, den folgenden Krieg gegen die Taliban unter Leitung der Vereinigten Staaten, die Bildung der Übergangsregierung in Afghanistan, die Truppenpräsenz der USA in Zentralasien sowie den angemessenen Umgang mit diesen Entwicklungen seitens der SCO die Stimme Moskaus praktisch nicht zu vernehmen. (*The Economist*, 19.1.02; Kyodo News Service, 23.1.02, nach BBC PF, 24.1.02; Xinhua, 7.1.02, nach BBC PF, 8.1.02; Xinhua, 14.1.02, nach BBC PF, 17.1.02; Xinhua, 20.1.02, nach BBC PF, 22.1.02; Xinhua, 21.1.02, nach BBC PF, 22.1.02; XNA, 8.1.02; XNA, 13.1.02, nach FBIS, 14.1.02; FAZ, 8.1.02; NZZ, 9.1.02; ITAR-TASS, 21.1.02, nach BBC PF, 23.1.02; *Kazakhstan Today* online, 14.1.02, nach BBC PF, 15.1.02; RTHK Radio 3 online, 7.1.02, nach BBC PF, 8.1.02) -kg-

2 Diplomatischer Bodengewinn in Afghanistan

Mit großem Bahnhof empfing die chinesische Regierung den Chef der afghanischen Interimsregierung unmittelbar nach dem Gebergipfel von Tokio in Beijing. China versicherte Karzai seine Unterstützung beim Wiederaufbau des Landes, und Karzai erkannte im Gegenzug an, sein Land schätze sich glücklich, auf den Einfluss des großen asiatischen Nachbarn im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen und in anderen internationalen Zusammenhängen zählen zu können.

Die jetzige chinesische Haltung gegenüber der neuen Regierung Afghanistans ist an Doppelzüngigkeit allerdings kaum zu überbieten. So erfreute sich die Volksrepublik China, die zwar offiziell keine diplomatischen Beziehungen zu Afghanistan unter den Taliban unterhielt und mitnichten glücklich darüber war, dass in Afghanistan zumindest mit Billigung der Talibanregierung Mitglieder muslimischer Oppositions- und Separatistenorganisationen aus Xinjiang an Waffen ausgebildet wurden, bis zuletzt großer Beliebtheit bei afghanischen Wirtschaftsdelegationen. Außerdem heißt es, der chinesische Botschafter in Pakistan wäre während des gesamten ersten Halbjahres 2001 der einzige nicht muslimische ausländische Repräsentant gewesen, der sich mit dem Taliban-Führer Mullah Mohammad Omar – wenn auch inoffiziell – treffen konnte.

Wo es darum ging, den chinesischen strategischen Interessen zu dienen, war Beijing durchaus bereit mit dem jetzt verteuerten Regime über Unterstützung beim Aufbau von Transport-, Energie- und Telekommunikationsinfrastruktur zu verhandeln. Schließlich kommt der Lage Afghanistans im Zusammenhang mit dem möglichen Bau einer Pipeline aus dem Iran nach China, die zum Stillen des wachsenden Hungers der chinesischen Wirtschaft nach im eigenen Land knapper werdenden fossilen Energieträgern beitragen soll, eine Schlüsselstellung zu.

Insbesondere auch die plötzliche Präsenz der USA an der chinesischen Flanke wird natürlich in Beijing mit großem Widerwillen beobachtet. Noch

dazu deutet einiges darauf hin, dass die USA kaum vorhaben, die Region schon bald wieder zu verlassen. Die Auswechslung der Spezialeinheiten durch reguläre in Afghanistan sowie die Anlage von Rollbahnen für die amerikanische Luftwaffe in Kasachstan sind nur allzu deutliche Hinweise darauf. Daher ist es nur folgerichtig, dass die chinesische Regierung alle diplomatischen Register zieht, um den in Zentralasien verlorenen Boden wieder gut zu machen. War die schnelle Anerkennung und Bekundung der Unterstützung der Übergangsregierung unter Karzai noch aus der Not geboren, sich angesichts der internationalen Anerkennung mit den Gegebenheiten schnellstmöglich abfinden zu müssen, so bemühte sich das bis dato im Afghanistanprozess marginalisierte China spätestens nach der internationalen Geberkonferenz von Tokio um eine führende Rolle zumindest in Asien.

Das Hilfsangebot während der Tokioter Konferenz unter Beteiligung von Vertretern aus 80 Staaten von lediglich 1 Mio. US\$ hatte sich allerdings zunächst eher bescheiden ausgenommen. Deutlich großzügiger zeigte sich die chinesische Regierung nur wenig später im eigenen Land. Jiang Zemin persönlich bot dem unmittelbar nach Abschluss der Konferenz eilig zum Antrittsbesuch nach Beijing gereisten Karzai nun plötzlich 150 Mio. US\$ Aufbauhilfe an. Unterzeichnet wurde jedoch lediglich eine Vereinbarung über die bereits in Tokio zugesagten 1 Mio. US\$ Wiederaufbauhilfe zuzüglich humanitärer Hilfen im Umfang von 3,6 Mio. US\$. Die Finanzhilfe von 1 Mio. US\$ sei noch während des Besuchs Karzais am 23. Januar übergeben worden. Das chinesische Außenministerium betonte weiterhin, China habe zusätzlich bereits Materialien im Wert von 30 Mio. US\$ an Afghanistan geliefert.

Obwohl Beobachter glauben, China hätte sich dem internationalen Druck gebeugt, unter den es hinter den Kulissen nach seiner „schäbigen“ Offerter von Tokio geraten war, und habe deshalb in Beijing die 150fache Summe ins Spiel gebracht, könnte es sich hier durchaus um wohlüberlegtes Kalkül handeln. Schließlich hatte Karzai nach Abschluss der internationalen Konferenz offensichtlich nichts Ei-

ligeres zu tun, als beim großen Nachbarn vorzusprechen. Dieser Antrittsbesuch dürfte hier also ebenso wie die Tatsache eines bereits zuvor erfolgten Empfangs der chinesischen diplomatischen Mission in Afghanistan durch Karzai selbst darauf hindeuten, dass die Volksrepublik China bei der Interimsregierung deutliche Bodengewinne verzeichnen kann. (Radio Afghanistan, 24.1.02, nach BBC PF, 25.1.02; Kyodo News Service, 23.1.02, nach BBC PF, 24.1.02; NZZ, 9.1.02, 24.1.02, 25.1.02; Xinhua, 21.1.02, nach BBC PF, 22.1.02; ZXS, 24.1.02, nach BBC PF, 25.1.02; FT, 25.1.02) -kg-

3 Erneute Abfuhr für Pakistan

Zum zweiten Mal binnen weniger Wochen hielt sich Pakistans Premier General Musharraf Anfang Januar in Beijing auf. Zum einen war dieser als überraschend bewertete Besuch zurückzuführen auf den praktischen Grund der Sperrung des indischen Luftraums für pakistanische Flugzeuge. Musharraf blieben auf seinem Weg nach Nepal zum 11. Gipfeltreffen der South Asian Association for Regional Development (SAARC) keine Alternativen zur Route über China. Ein Zwischenstopp in Beijing bot sich da geradezu an, bot dieser doch andererseits auch Gelegenheit einen erneuten Versuch zu unternehmen, die chinesische Regierung doch noch zu einer Vermittlerrolle im Sinne Islamabad im Konflikt mit Indien zu gewinnen.

Zwar fanden Gespräche u.a. mit dem chinesischen Ministerpräsident Zhu Rongji statt, das Anliegen Musharrafs wurde jedoch wiederum ablehnend beschieden. Noch weniger zeigte sich Beijing bereit, für Pakistan Position zu beziehen. Zhu Rongji erklärte im Vorfeld seines eigenen Staatsbesuchs in Indien lediglich, China erkenne die Bereitschaft Pakistans an, den Konflikt mit Indien in friedlichem Dialog beizulegen. Die von Pakistan gewünschte chinesische Vermittlerrolle offerierte er indirekt der SAARC, als er seiner Hoffnung Ausdruck verlieh, dem Gipfeltreffen der Vereinigung in Katmandu möge eine positive Rolle hinsichtlich der Minderung der Spannungen in Südasien zukommen.

Eine deutliche Zurückweisung jederlei Ansinnen, China in den Konflikt

und seine Lösung zu involvieren gab auch der Sprecher des chinesischen Außenministeriums Sun Yuxi, als er auf einer Sonderpressekonferenz betonte, die Kaschmirproblematik sei eine geschichtliche Hypothek, die jedoch von den beiden betroffenen Ländern selbst durch Konsultationen und Dialog gelöst werden müsse. Beinahe ironisch muten da die Worte Musharrafs an, mit denen er sich bei der chinesischen Regierung für seinen Empfang in Beijing bedankte: die zuvorkommende Organisation seiner Durchreise nach Nepal demonstrierte in vollem Maße die engen Beziehungen zwischen Pakistan und China. (FAZ, 4.1.02, 12.1.02; SCMP, 3.1.02; Xinhua, 3.1.02, nach BBC PF, 4.1.02; XNA, 5.1.02; PTI news agency, 10.1.02, nach BBC PF, 11.1.02) -kg-

4 Indien und China – Nachbarn mit wenig Verständnis füreinander

Unmittelbar nach seiner Ankunft zu dem ersten Staatsbesuch eines chinesischen Ministerpräsidenten im südlichen Nachbarland Indien seit elf Jahren erklärte Zhu Rongji Mitte Januar, beide Staaten seien seit Jahrtausenden enge Nachbarn. Daher seien sie auch traditionell durch freundschaftliche Gefühle miteinander verbunden. Dass diese Verbundenheit weder in Indien noch in China während der letzten fünfzig Jahre sehr bewusst war, zeigt jedoch die Tatsache, dass Zhu zur Untermauerung seiner Aussagen weit in die Vergangenheit zurückschauen musste.

So hätte es in Indien und in China während des Kampfes beider Staaten um nationale Unabhängigkeit und Befreiung ihrer Völker jeweils große Sympathie, Verständnis und Unterstützung füreinander gegeben. Als besonders bedeutend strich der chinesische Ministerpräsident auch heraus, dass die Initiative für die Fünf Prinzipien der Friedlichen Koexistenz in der Außenpolitik vor einem halben Jahrhundert gleichermaßen von den Führern Indiens und der Volksrepublik China ausgegangen wäre.

Davon abgesehen waren die Gemeinsamkeiten, das gegenseitige Verständnis und nicht zuletzt die freundlichen Gefühle füreinander schnell verloren

gegangen und über Jahrzehnte nicht spürbar gewesen, nachdem China indisches Territorium im Aksai Chin anektiert und sich scheinbar dauerhaft auf die Seite des indischen Erzrivalen Pakistan geschlagen hatte. Erst Mitte der neunziger Jahre war angesichts der Veränderungen der Weltlage und des Paradigmenwechsels in der chinesischen Politik eine erneute Hinwendung zu einem nichtkonfrontativen und möglicherweise kooperativen Verhältnis zwischen den beiden Staaten eingeleitet worden. Obgleich noch lange nicht endgültig geklärt, wurde mit dem Beginn der Verhandlungen um den gemeinsamen Grenzverlauf doch eine Serie von potenziell vertrauensbildender Maßnahmen eingeleitet, auf denen nun aufgebaut wird.

Immer noch scheint es jedoch notwendig, dass sich beide Seiten gegenseitig versichern, sie stellen selbst keine Bedrohung füreinander dar und sähen auch ihr Gegenüber nicht als solche, wie dies auch jetzt während des Besuchs Zhu Rongjis in Indien mehrfach geschehen ist. Chinesische und indische Beobachter gehen unabhängig voneinander davon aus, dass es zwischen beiden Staaten auf allen Ebenen an gegenseitigem Verständnis, aber bisher weitgehend auch an wirklichem Interesse für die Situation des jeweils anderen mangelte.

Für China wurde Indien in letzter Zeit politisch interessant, weil es sich zu stark den USA zuzuwenden drohte, andererseits jedoch bei zweifellos vorhandenen Gemeinsamkeiten und gemeinsamen Problemen mit seinem Gewicht als Koalitionär im internationalen Verhandlungspoker beispielsweise um die Errichtung einer gerechten und die Position von Entwicklungs- und Schwellenländern gegenüber der entwickelten Welt stärkenden politischen und ökonomischen Weltordnung geradezu prädestiniert erscheint. Hatte man bisher lange nach dem Grundsatz, es könne nur eine Vormacht in Asien geben, auf beiden Seiten des Himalaya auf Containment gesetzt, so ist nun offenbar ein Prozess des Umdenkens eingeleitet worden – und sei es nur im Hinblick auf eine stärkere Instrumentalisierung des jeweils anderen in der Durchsetzung eigener langfristiger Ziele.

Insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiet stieg das Interesse Chinas an Indien. Ausdruck dieser Konstellation waren die hochrangigen Vertreter im Gefolge Zhu Rongjis ebenso wie die Tatsache, dass den eigentlichen politischen Gesprächen lediglich eineinhalb Tage des fünftägigen Staatsbesuchs auf Einladung des indischen Premierministers Vajpayee gewidmet waren. Während auf indischer Seite zuweilen der Widerwillen gegen die Flut billiger chinesischer Konsumgüter und Waren des täglichen Bedarfs aus China, die den indischen Markt seit geraumer Zeit überschwemmen, vorzuherrschen scheint, blickt man auf chinesischer Seite angesichts eigener Defizite auf diesem Gebiet gebannt auf die indische Software-Industrie in Bangalore.

An dieser Stelle setzte auch Zhu Rongjis Vorschlag für eine intensivere wirtschaftliche Zusammenarbeit auf der Basis der Komplementarität beider Volkswirtschaften an. Im Kern stand die Idee, die chinesische Stärke im Bereich der Hardwareproduktion mit den Leistungen der indischen Software-Ingenieure zu verbinden, um so gemeinsam zur Nummer Eins in der Welt zu werden.

Bis dahin sind jedoch auch auf politischem Gebiet noch einige Steine aus dem Weg zu räumen. Zwar konnte China durch sein überlegtes Verhalten und die Wahrung seiner Neutralität in der jüngsten Kaschmir-Krise zwischen Indien und Pakistan ganz offensichtlich bei Indien punkten. Andererseits ist Indien insbesondere mit den Fortschritten im Zusammenhang mit der Festlegung des Verlaufs der gemeinsamen Grenze und der Lösung der jahrzehntealten Territorialstreitigkeiten keineswegs zufrieden. Das ging aus Äußerungen Vajpayees deutlich hervor, als dieser eine Beschleunigung dieses Prozesses wünschte.

Immerhin war die indische Seite so taktvoll gewesen, ihren Verteidigungsminister George Fernandes für die Zeit des Aufenthalts Zhu Rongjis in Indien zu einem Besuch nach Washington zu entsenden. Fernandes wurde in der Vergangenheit nicht müde, immer wieder öffentlich die Bedrohung Indiens durch China zu beschwören, und konnte diese Haltung insbesondere mit chinesischen Verletzungen der

als faktische Grenze dienenden Line of Actual Control sowie mit sporadisch verstärkter militärischer Präsenz auf der chinesischen Seite dieser sensiblen Demarkationslinie auch immer wieder untermauern.

Wurde dieser Schritt auf Seiten Chinas wohlwollend zur Kenntnis genommen, wurden auf der anderen Seite jedoch auch die Grenzen indischen Entgegenkommens ebenso wie grundsätzlich verschiedene Haltungen beider Staaten in einer anderen Frage deutlich. China hatte im Vorfeld des Besuchs des chinesischen Ministerpräsidenten von Indien verlangt, ein Demonstrationsverbot für Exiltribeater und deren Unterstützer zu erlassen. Dies hatte die indische Seite jedoch mit dem lapidaren aber treffenden Hinweis abgelehnt, dies sei unmöglich, sei Indien doch schließlich ein demokratischer Staat.

Es ist anzunehmen, dass Tibet auf der chinesischen Seite auch eine Rolle im Zusammenhang mit der Vereinbarung beider Staaten, in einen Dialog über Terrorismus einzutreten, gespielt haben dürfte. In Indien hingegen dürfte man hier wohl eher an muslimische Separatisten in Kaschmir gedacht haben.

In ganz anderer, wenn auch zukünftig nicht zwangsläufig unproblematischer Weise rückte Tibet in einem ganz anderen Zusammenhang ins Zentrum der Gespräche. Die chinesische Seite erklärte sich bereit, Indien künftig hydrographische und hydrologische Daten über den Yarlung Tsangpo, den tibetischen Oberlauf des indischen Brahmaputra, zur Verfügung zu stellen. Dies ist für Indien insbesondere während der Monsunmonate von großer Bedeutung, da es hier durch die Wassermassen des Brahmaputra immer wieder zu Überschwemmungen in großen Teilen des nordöstlichen Assam kommt. Frühe Wasserstandswarnungen aus China könnten hier zukünftig helfen Schaden abzuwenden.

Während Zhu Rongji eine ganze Liste von Maßnahmen auf politischem wie auf wirtschaftlichem Feld vorlegte, wie das gegenseitige Verständnis füreinander gestärkt und die Potenziale für eine engere Kooperation ausgeschöpft werden könnten, zeigte sich die indische Seite deutlich zurückhaltender. Reserviert wurde u.a. die chi-

nesische Ankündigung aufgenommen, Beijing wolle freundschaftliche Kontakte zur South Asian Association for Regional Cooperation (SAARC) und ähnlichen Organisationen aufnehmen. Ebenso wie China engere Kontakte Indiens zu bestimmten Regionalorganisationen argwöhnisch als Versuch aus Neu-Delhi betrachtet, Chinas Einfluss dort zu schmälern, verhält es sich im Zusammenhang mit der SAARC hier aus Sicht Indiens um einen unerwünschten chinesischen Vorstoß.

Insgesamt scheinen jedoch beide Seiten grundsätzlich zu einer Intensivierung ihres bilateralen Verhältnisses gewillt zu sein. So erwartet der indische Premierminister Vajpayee, dass man feste Dialogmechanismen auf den verschiedensten Gebieten von beiderseitigem Interesse installieren werde. Damit werde auch das insgesamt auf beiden Seiten eher mangelhafte Wissen und Verständnis für den Nachbarstaat gestärkt. Diesem Zweck soll nach offiziellem Bekunden auch die Aufnahme einer ersten direkten Flugverbindung zwischen Shanghai/Beijing und Neu-Delhi dienen, die Zhu Rongji während seines Besuches für den 28. März ankündigen konnte. Die Flüge sollen dann zunächst von der chinesischen Fluggesellschaft China Eastern Airlines einseitig aufgenommen werden. Die indische Seite plant nach eigenen Angaben zum gegenwärtigen Zeitpunkt keinen derartigen Schritt.

Insgesamt wurden während des chinesischen Staatsbesuchs sechs bilaterale Vereinbarungen unterzeichnet, die sich neben den bereits genannten auf eine Zusammenarbeit im Tourismussektor, die friedliche Nutzung des Weltraums sowie auf den Austausch wissenschaftlicher und technischer Fachkräfte beziehen. Aus dem Bereich der Wirtschaft hieß es, allein am Rande der politischen Gespräche während des ersten Tags Zhu Rongjis Besuchs konnten Handelsverträge mit einem Volumen von 125 Mio. US\$ abgeschlossen werden. Was allerdings die allgemein gehaltene Ankündigung Zhu Rongjis wert ist, China werde innerhalb der nächsten fünf Jahre Technologien, Ausrüstungen und Produkte im Wert von 1,4 trillion (?) US\$ importieren und damit auch Indien und anderen asiatischen Ländern mehr Möglichkeiten für Exportgeschäfte mit seinem Land bieten,

bleibt abzuwarten. (PTI news agency, 6.1.02, nach BBC PF, 7.1.02; PTI news agency, 14.1.02, nach BBC PF, 15.1.02; PTI news agency, 17.1.02, nach BBC PF, 18.1.02; ZXS, 14.1.02, nach FBIS, 15.1.02; ZXS, 16.1.02, nach BBC PF, 18.1.02; XNA, 13.1., 14.1.02; XNA, 15.1.02, nach FBIS, 16.1.02; XNA, 16.1.02, nach FBIS, 17.1.02; WSJ, 14.1.02; NZZ, 15.1., 16.1.02; Xinhua, 14.1.02, nach FBIS, 15.1.02; ZTS, 15.1.02, nach FBIS, 16.1.02; Xinhua, 15.1.02, nach FBIS, 16.1.02; Xinhua, 18.1.02, nach BBC PF, 19.1.02; RMRB online, 16.1.02, nach FBIS, 17.1.02; *Chennai The Hindu*, 19.1.02, nach FBIS, 22.1.02; IHT, 19.1.02) -kg-

5 Kleine Reibungen zwischen Südkorea und der VR China

Südkoreas Präsident Kim Dae-jung zeigte sich in seiner Neujahrspressekonferenz sehr zufrieden mit der Entwicklung der Beziehungen seines Landes zu China, und hob gleichzeitig die große Bedeutung des Nachbarlandes in wirtschaftlicher und sicherheitspolitischer Hinsicht hervor. Dass die Beziehungen zwischen Südkorea und der VR China zwar gefestigt sind, aber dennoch nicht alles Gold ist, was glänzt, zeigt sich derzeit allerdings in einem Konflikt über eine Reise koreanischer Parlamentarier nach China. Die Visa-Anträge der vier Mitglieder des koreanischen Parlaments, die zu Recherchen im Zusammenhang mit einer Gesetzesänderung nach China reisen wollten, wurden von chinesischer Seite schlicht abgelehnt, was einen Präzedenzfall darstellt.

Bei der Ablehnung der Erteilung von Visa von chinesischer Seite handelt es sich offenbar um die Antwort auf die Absicht der ROK, mit dem besagten Gesetz, für dessen Ausarbeitung die Chinareise nötig wurde, den Status koreanischer Emigranten in China zu ändern. Den Hintergrund hierfür bildet ein älteres Gesetz, gegen welches sich China bereits 1999 verwahrt hatte, da damit alle aus Korea ausgewanderten Koreaner weiterhin das Recht haben, nach Südkorea zurückzukehren und in ihrer Heimat auch wieder zu arbeiten – unabhängig von ihrer gegenwärtigen Nationalität.

CHINA aktuell

1999 wurde das Recht auf Rückkehr in Folge des chinesischen Drucks noch auf Personen beschränkt die nach der Staatsgründung Südkoreas 1948 ausgewandert waren. Nun hat das koreanische Verfassungsgericht in einem Urteil vom November letzten Jahres jedoch diese Ungleichbehandlung für nicht zulässig erklärt, weshalb das Recht auf Rückkehr bis zum Jahre 2003 auch auf jene Auswanderer ausgeweitet werden muss, die vor der Staatsgründung, also auch zur Zeit der japanischen Besatzung von 1910 bis 1945, ihre Heimat verlassen hatten. Während die meisten koreanischen Emigranten nach 1948 nach Europa und Amerika gingen, betrifft eine Erweiterung des Rückkehrrechts vor allem Russland und die VR China, die die vornehmlichen Destinationen der Migration in der Zeit vor 1948 waren.

Die Ablehnung der Visa begründet China damit, dass die chinesische Position in der ROK hinreichend bekannt und die Reise somit nicht nötig sei. Problematisch sei vielmehr die illegale Migration, in deren Folge viele chinesische Bürger koreanischer Abstammung in der Hoffnung in Südkorea Arbeit zu finden Schlepperbanden aufgesessen seien. Einer legalen Migration von Arbeitskräften stünde Beijing dagegen positiv gegenüber, so der Sprecher des chinesischen Außenministeriums Sun Yuxi zu Journalisten. Allerdings könnte die geplante Erweiterung des Personenkreises in dem koreanischen Gesetzesvorhaben aus chinesischer Sicht die eigene Souveränität untergraben, denn dem chinesischen Abgesandten in Seoul, Li Bin, zu Folge, seien Chinesen koreanischer Abstammung nach nationalem und internationalem Recht zuallererst chinesische Staatsbürger. Die abgewiesenen koreanischen Parlamentarier äußerten außerdem die Vermutung, China könne um separatistische Strömungen in seiner Bevölkerung, die durch das Gesetz verstärkt werden könnten, besorgt sein.

Ein weiterer Störfaktor in den Beziehungen zwischen den beiden Ländern ist die hohe Anzahl von Straftaten, die Angaben der südkoreanischen Botschaft zu Folge an koreanischen Bürgern in der VR China verübt werden. Zu den häufigsten Fällen zähle dabei der Diebstahl koreanischer Pässe, die dann meist ihren Weg zu Schlepper-

banden fänden und zur illegalen Einreise in andere Staaten benutzt würden, was dem Ansehen der ROK schade, so die koreanische Botschaft.

Andererseits ist in Bezug auf Konflikte in Zusammenhang mit von Koreanern verübten Straftaten in China, hingegen eine Entspannung der Verhältnisse und eine Wendung hin zu verbesserter Kommunikation zu verzeichnen. Noch im letzten Jahr hatte die Verurteilung und Hinrichtung eines koreanischen Staatsbürgers in China wegen Drogenschmuggels für Verstimmung gesorgt. Südkorea hatte der VR China vorgeworfen erst nach der Hinrichtung mit seiner Botschaft Kontakt aufgenommen, und damit die Wiener Konvention über konsularische Rechte verletzt zu haben. Während sich letztlich herausstellte, dass der Fehler bei der koreanischen Botschaft selbst gelegen hatte, die die Meldung nicht weiterleitete, stellt die Botschaft derzeit in dem neuerlichen Fall einer Anklage eines Koreaners in Zusammenhang mit Drogendelikten eine vorbildliche Haltung der chinesischen Seite fest. Wie die Kommunikation mit den chinesischen Behörden, so hätten sich auch die Kontaktmöglichkeiten der Botschaft zu den Angeklagten verbessert.

Der koreanische Hauptangeklagte, sowie ein Helfer wurden am 19. Januar zum Tode bzw. zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt. Die ihnen vorgeworfenen Delikte Drogenschmuggel und Drogenproduktion gehören nach Angaben der koreanischen Botschaft selbst zu den häufigsten von Koreanern in China verübten Straftaten.

Diese Problemfelder, seien sie nun als Einzelfälle oder als strukturelle Probleme zu bewerten, konnten den jüngst im Januar erfolgten Besuch des südkoreanischen Parlamentspräsidenten Lee Man-sup in China jedoch offenbar nicht belasten. Strittige Themen blieben ausgespart, weshalb die Gespräche in freundschaftlicher Atmosphäre stattfanden, wie es heißt. Die Reise, auf welcher Lee auch mit Staatspräsident Jiang Zemin zusammentraf, machte den Auftakt zahlreicher für das Jahr 2002 geplanter Besuche anlässlich des zehnten Jahrestags der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Südkorea und der VR China. (Yonhap,

10.01.02, nach BBC PF, 10.01.02; Yonhap, 16.01.02, nach BBC PF, 16.01.02; Yonhap, 07.01.02, nach BBC PF, 07.01.02; Yonhap, 07.01.02, nach BBC PF, 07.01.02; Yonhap, 18.01.02, nach BBC PF, 18.01.02; Yonhap, 12.01.02, nach BBC PF, 12.01.02; Yonhap, 18.01.02, nach BBC PF, 18.01.02; Yonhap, 06.01.02, nach BBC PF, 06.01.02; Yonhap, 11.01.02, nach BBC PF, 11.01.02; Yonhap, 18.01.02, nach BBC PF, 18.01.02; Xinhua, 10.01.02., nach FBIS, 14.01.02; Xinhua, 11.01.02., nach FBIS, 14.01.02; Xinhua, 11.01.02., nach BBC PF, 11.01.02; XNA, 14.01.02; AFP 17.01.02, nach FBIS, 18.01.02) -kg-

6 Mubarak in China

Vom 23. bis 26. Januar hielt sich der ägyptische Präsident Hosni Mubarak zu seinem bislang achten Besuch in der Volksrepublik China auf. Mubarak traf mit der gesamten chinesischen Führungsspitze zusammen, ein Zeichen dafür, welche Bedeutung China seiner 1999 besiegelten strategischen Kooperation mit dem afrikanischen Staat beimisst. Der chinesische Präsident Jiang Zemin bezeichnete Ägypten als den wichtigsten Partner seines Landes sowohl in der gesamten arabischen Welt als auch auf dem afrikanischen Kontinent.

Im Mittelpunkt der politischen Gespräche mit dem offiziellen Gastgeber und Amtskollegen Mubaraks Jiang Zemin standen, nachdem man sich zuvor gegenseitig der allgemeinen Zufriedenheit über die Entwicklung der bilateralen Beziehungen versichert hatte, die Nahostkrise und die Bekämpfung des internationalen Terrorismus.

Während Mubarak seinem Gesprächspartner gegenüber die Hoffnung auf eine Umsetzung des Mitchell-Berichts aussprach und die gerechte Haltung Chinas in der Nahost-Problematik pries, drängten Jiang und andere hochrangige chinesische Gesprächspartner des ägyptischen Präsidenten sowohl Israel als auch die palästinensische Seite zu effektiven Maßnahmen zur Beendigung der Gewalt. China sei immer für Gerechtigkeit eingetreten und unterstütze unbeirrt die legitimen Rechte und Interessen der arabischen Staaten. China werde daher im gerechten Kampf der arabischen Na-

tionen und der Palästinenser um die Rückerlangung ihrer besetzten Gebiete und die Wiedererlangung ihrer legitimen nationalen Rechte weiterhin fest auf deren Seite stehen.

Auch hinsichtlich der Frage des Terrorismus herrsche zwischen Ägypten und China weitgehende Meinungsgleichheit, so Jiang Zemin. In der Bekämpfung des Terrorismus sei es von entscheidender Bedeutung, die internationale Kooperation zu stärken und auf die führende Rolle der Vereinten Nationen und ihres Sicherheitsrates zu bauen. China lehne zum einen strikt ab, die Frage des Terrorismus an bestimmte Staaten und Religionen zu koppeln, und trete zum anderen ebenso mit Entschiedenheit gegen die Errichtung doppelter Standards in der Terrorismusbekämpfung ein. Mubarak führte in diesem Zusammenhang ebenfalls aus, sein Land sei strikt gegen jeden Terrorismus, könne jedoch nicht hinnehmen, dass bestimmte Leute versuchten, eine Verbindung von Terrorismus mit arabischen Staaten und Islamismus herzustellen. Die Bekämpfung des Terrorismus dürfe keinesfalls einfach so auf andere Staaten ausgedehnt werden. Ägypten sei in diesem Zusammenhang stark an der Intensivierung der Kooperation mit China interessiert.

Jiang Zemin stimmte dem zu, als er betonte, sowohl China als auch die arabische Welt sähen sich seit dem 11. September 2001 mit einer Reihe neuer und komplexer Probleme und Herausforderungen konfrontiert, auf die es zu reagieren gelte. Es sei daher unbedingt geboten, den Austausch miteinander und das Verständnis füreinander zu verstärken, sowie die Koordination und Kooperation zu intensivieren.

Auf politischer Ebene wurden während Mubaraks Besuch fünf bilaterale Vereinbarungen unterzeichnet, derer zwei eine Kreditvergabe Chinas im Umfang von 130 Mio. Yuan RMB beinhalteten. Weiterhin handelte es sich um eine Vereinbarung über wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit, zur Kooperation auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Kernenergie, eine Rahmenvereinbarung zur Kooperation auf dem Erdölsektor sowie um ein Memorandum of Understanding im Zusammenhang mit der Verwirkli-

chung der Pläne für die Ermöglichung von Gruppenreisen chinesischer Touristen nach Ägypten. Zusätzlich wurde am 24. Januar das Egypt-China Business Council etabliert, welches der Förderung der Zusammenarbeit zwischen Unternehmen beider Länder und insbesondere chinesischer Investitionen in Ägypten dienen soll.

Mubarak wünschte darüber hinaus explizit eine verstärkte bilaterale Zusammenarbeit auf den Gebieten Wissenschaft, Technologie, Information, Schifffahrt und Energie. In einem Treffen mit dem chinesischen Ministerpräsidenten Zhu Rongji wurden nach ägyptischen Angaben neben dem Tourismus primär weitere Problemfelder des sozialen Bereichs diskutiert. Dabei habe es sich u.a. um Fragen der Wohnungswirtschaft, der Bildung und Erziehung sowie um den Themenkreis Mutterschaft und Kindheit gehandelt.

Ebenfalls in diesem Gespräch unterstrich Mubarak Zhu gegenüber die potenzielle wirtschaftliche Bedeutung, die sein Land aufgrund seiner spezifischen Position in Afrika, der arabischen Welt und gegenüber der Europäischen Union einnehme. So könnten chinesisch-ägyptische Gemeinschaftsunternehmen ihre Produkte sowohl auf dem Common Market for Eastern and Southern Africa (Comesa) als auch in der Europäischen Union und in verschiedenen arabischen Ländern anbieten, mit denen Ägypten über Freihandelsabkommen verbunden sei. (Xinhua, 18.1.02, nach BBC PF, 19.1.02; Xinhua, 23.1.02, nach BBC PF, 24.1.02; Xinhua, 24.1.02, nach BBC PF, 25.1.02; Xinhua, 24.1.02, nach BBC PF, 26.1.02; XNA, 23.1.02, nach FBIS, 24.1.02; XNA, 24.1.02, nach FBIS, 25.1.02; Xinhua, 22.1.02, nach FBIS, 23.1.02; ZXS, 23.1.02, nach FBIS, 24.1.02; MENA online, 24.1.02, nach BBC PF, 25.1.02; MENA online, 24.1.02, nach BBC PF, 26.1.02; Cairo Al-Akhbar online, 27.1.02, nach FBIS, 28.1.02) -kg-

7 Zurückhaltung gegenüber Jordanien

Der jordanische König Abdullah Bin Hussein besuchte vom 17. bis 21. Januar auf chinesische Einladung Beijing, Shanghai und Hongkong. Bereits

vor seine Abreise hatte er in einem Exklusivinterview mit Xinhua die Themen umrissen, die er während seiner Konsultationen mit NVK-Li Peng, Präsident Jiang Zemin und Vizepräsident Hu Jintao ansprechen wollte. Neben der Ausweitung der Wirtschaftsbeziehungen auf der Grundlage des ungetrübten politischen Verhältnisses zwischen beiden Staaten sollte es in erster Linie um die Nahostkrise und die Lage des Irak gehen.

Nach den Worten des jordanischen Königs wünscht sein Land eine aktivere Rolle Chinas sowohl in den internationalen Bemühungen um einen Frieden zwischen Palästinensern und Israelis als auch hinsichtlich einer möglichen Beendigung der UN-Sanktionen gegen den Irak. China könne aufgrund seiner Stellung und seines Status als ständiges Mitglied im Weltsicherheitsrat eine aktivere und entscheidende Rolle in diesen Fragen spielen.

Dieser Wunsch Jordaniens blieb von chinesischer Seite allerdings unbeantwortet. Weder chinesische noch jordanische Medien berichteten davon, dass die chinesischen Gesprächspartner in dieser Hinsicht eine Aufgabe ihrer passiven und distanzierten Haltung angedeutet hätten.

Insgesamt schien die chinesische Seite eher zurückhaltend. Jordanien wünscht insgesamt ein größeres chinesisches Engagement. Auch in wirtschaftlicher Hinsicht knüpfte König Abdulla II. größere Erwartungen an seine chinesischen Gesprächspartner. Auf der Basis der hervorragenden politischen Beziehungen zwischen beiden Staaten sollte es doch möglich sein, auch die wirtschaftliche Zusammenarbeit auszubauen. Der König verwies auf die Erfolge, die chinesischen Investoren bereits in den so genannten Qualifying Industrial Zones seines Landes beschieden seien und propagierte weitere chinesische Investitionen in strategische Zukunftsprojekte in seinem Land in den Sektoren Energie, Wasser und Infrastruktur. Greifbare Ergebnisse blieben jedoch weitgehend aus. (XNA, 15.1.02, nach FBIS, 16.1.02; Xinhua, 16.1.02, nach BBC PF, 18.1.02; ZXS, 17.1.02, nach BBC PF, 18.1.02; Xinhua, 16.1.02, nach FBIS, 18.1.02; XNA, 18.1.02, nach FBIS, 22.1.02; Xinhua, 18.1.02, nach FBIS, 22.1.02; Xinhua, 18.1.02, nach

BBC PF, 19.1.02; Petra-JNA online, 18.1.02, nach BBC PF, 19.1.02) -kg-

8 Wanzen in Jiangs Jet

Am 19. Januar ließ die *Financial Times* eine Bombe platzen – hätte man annehmen können. Die Zeitung berichtete unter Berufung auf chinesische Behördenvertreter, im neuen Präsidentenflugzeug für Jiang Zemin, dass von Boeing hergestellt und von einer weiteren Firma in den USA mit der präsidentengerechten Sonderausstattung versehen worden war, seien elektronische Wanzen gefunden worden.

Das Befremdliche an dieser Meldung ist jedoch, dass es sich dabei um einen Vorfall handelte, der schon gut drei Monate zurückliegt. Es heißt, nach der Auslieferung des Flugzeugs an China im September des vergangenen Jahres hätte man auf einem Testflug einen Pfeifton bemerkt und daraufhin in einer eingehenden Untersuchung die Wanzen entdeckt. Insgesamt wurden offenbar 27 dieser elektronischen Hightech-Abhörgeräte u.a. in den Polsterungen des Präsidentenbettes sowie im Bad an Bord der Boeing 767 gefunden.

Weder vom chinesischen Außenministerium noch seitens des Verteidigungsministeriums war zu den Zeitungsberichten ein Kommentar zu erhalten. Der amerikanische Außenminister Colin Powell erklärte jedoch in diesem Zusammenhang, die chinesische Seite habe in keinem der in der Zwischenzeit stattgefundenen bilateralen Gespräche den Wanzenfund thematisiert.

Nach Zeitungsangaben handelte es sich bei den elektronischen Lauschgeräten an Bord des Präsidentenflugzeugs um extrem kleine Hochtechnologiegeräte, die das Erlauchte über eine Satellitenverbindung senden. Die Miniwanzen besäßen eine Qualität, die im Handel nicht aufzutreiben sei, hieß es weiter unter Berufung auf chinesische Quellen.

Beobachter hielten es für unwahrscheinlich, dass die Geräte in den USA von Vertretern der amerikanischen „Firma Guck und Horch“ installiert worden sein könnten, da China zum Zwecke der Verhinderung derartiger geheimdienstlicher Attacken extra ein Überwachungsteam abgestellt hat-

te, das die gesamten Arbeitsabläufe an der Maschine bei Boeing und während des Einbaus der Sonderausstattung überwacht hatte. Abhörattacken gehörten zum Standardrepertoire der gegenseitigen Ausspähung durch die Geheimdienste. Man sei deshalb auf derartige Versuche sowohl psychologisch als auch hinsichtlich der Abwehr derselben vorbereitet.

Auch in den USA hieß es aus Militärkreisen, die in den Medien geschilderte Art der Entdeckung deute nicht auf amerikanisches Material hin. Man könne sich nicht vorstellen, dass amerikanische Wanzen sich durch die Aussendung hochfrequenter Pfeiftöne verorten hätten.

Gegenüber den USA war die chinesische Regierung denn auch auffällig bemüht, den Vorgang herunterzuspielen. Keine Beschwerde, kein Kommentar. In den Medien in China war über den Fund ebenfalls nie berichtet worden. Beobachter nehmen in diesem Zusammenhang an, dies sei darauf zurückzuführen, dass der chinesischen Regierung eine öffentliche Empörung und die daraus mit Sicherheit resultierende erhitzte nationalistische und anti-amerikanische Debatte im Vorfeld des Besuchs von US-Präsident Bush im Februar mehr als unangelegen käme.

Während auf der einen Seite gemutmaßt wird, China habe sich die Beschwerde über den Vorfall als kleines As im Ärmel für die Gespräche zwischen Bush und der chinesischen Regierung aufgehoben, um auf diese Weise die amerikanische Seite zu Zugeständnissen zu bewegen, zu denen sie ansonsten wohl nicht bereit wäre, traten auf der anderen Seite die Anhänger innerchinesischer Verschwörungstheorien auf den Plan. So hieß es – wiederum primär in englischsprachigen Medien – aus berufenem Munde in China sei verlautbart worden, es können sich bei den Wanzen auch um chinesische handeln. Im Zusammenhang mit der sich zuspitzenden Nachfolgedebatte und dem näherrückenden Abtritt der jetzigen Führergeneration wurde unter Bezugnahme auf die Erinnerungen seines Leibarztes darauf hingewiesen, auch Mao Zedong sei in einer vergleichbaren Phase abgehört worden.

Unklar blieb auch, ob die Inhaftierung von Angehörigen des mit dem An-

kauf der Präsidentenmaschine betrauten chinesischen Unternehmens China Air Supply Import & Export Corp. mit engen Verbindungen zum Militär im Zusammenhang mit dem Wanzenfund oder mit dem Vorwurf der ungerechtfertigten Bereicherung durch überhöhte Preisforderungen für die Sonderausstattung des Flugzeugs stand.

Die für den 30. Jahrestag des historischen Besuchs von US-Präsident Nixon in China terminierte Reise von US-Präsident Bush am 21. und 22. Februar dieses Jahres werde planmäßig und unbelastet stattfinden, hieß es sowohl aus dem chinesischen als auch aus dem amerikanischen Außenministerium. (FT, 19.1., 21.1., 23.1.02; HB, 21.1.02; FAZ, 23.1.02; NZZ, 21.1., 22.1.02; IHT, 22.1., 28.1.02; AFP, 19.1.02, nach FBIS, 22.1.02; AFP, 20.1.02, nach FBIS, 22.1.02; AFP, 22.01.02, nach FBIS, 23.1.02; Xinhua, 12.1.02, nach BBC PF, 13.1.02; WSJ, 21.1., 23.1.02) -kg-

Innenpolitik

9 Neue „Evidenz“ für Vernetzung ostturkistanischer Kräfte in Xinjiang mit internationalem Terrorismus vorgelegt

Seit Oktober 2001 hat die chinesische Regierung in internationalen Presseberichten wiederholt auf Kontakte zwischen separatistischen Kräften in Xinjiang und internationalen Terrorismusnetzwerken hingewiesen (C.a., 2001/10, Ü 8, 2001/11, Ü 8, 2001/12, Ü 11). Den bisher ausführlichsten Bericht über terroristische Verflechtungen „ostturkistanischer“ Gruppierungen Xinjiangs mit den militanten Organisationen Osama Bin Ladens und der Taliban-Regierung legte der chinesische Staatsrat am 21. Januar vor, knapp einen Monat vor dem erwarteten Staatsbesuch des US-amerikanischen Präsidenten Bush in China.

Der Bericht beginnt mit einem historischen Rückblick über die Ursprünge der ostturkistanischen Bewegung in Xinjiang, der darauf abzielt, die Legitimität des chinesischen Herr-